

Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen**Europapolitisches Jugendkonzept für Bremen**

Die Europäische Union hat in den letzten Jahren ihre Aktivitäten in der Jugendpolitik deutlich verstärkt. Bis 2013 werden ca. 900 Mio. € bereitgestellt, um gemeinnützige Vereine, Jugendgruppen und andere Organisationen zu unterstützen. Die Schwerpunkte liegen dabei auf den Bereichen Jugendaustausch, Förderung der Mobilität und Projekten der partizipativen Demokratie.

Die Jugendlichen sollen dazu motiviert werden, ihre Rolle als Bürgerinnen und Bürger Europas wahrzunehmen. Europa soll kein abstraktes Gebilde bleiben, sondern mittels grenzüberschreitender Begegnungen und des Aufzeigens von Teilhabemöglichkeiten einen selbstverständlichen Teil des Alltags bilden. Dabei ist es wichtig, diese Bemühungen in allen relevanten Handlungsfeldern aufeinander abzustimmen. Erfolgreiche Programme, wie Erasmus und Leonardo oder der europäische Freiwilligendienst, haben schon Tausenden junger Frauen und Männer Aufenthalte in Europa ermöglicht. Die Teilhabe und Förderung aller Jugendlichen unabhängig von Herkunft und Geldbeutel muss dabei stets als Grundsatz gelten. Außerdem soll allen Jugendlichen der Zugang zu europapolitischen Jugendprojekten im Sinne des strukturierten Dialogs mit der Jugend ermöglicht und solche durch Politik und Verwaltung aktiv unterstützt werden.

Hamburg hat im Februar 2010 ein europapolitisches Jugendkonzept vorgelegt. Dieses richtet sich sowohl an Jugendliche und Multiplikatoren als auch an die allgemeine Öffentlichkeit und dient nicht zuletzt den verantwortlichen Behörden um die interne Abstimmung und Kommunikation zu verbessern. Ein solches Konzept würde auch für Bremen Vorteile hinsichtlich der verwaltungsinternen Koordinierung und Öffentlichkeitsarbeit bieten. Das Land Bremen kann damit noch besser junge Frauen und Männer an Europa heranzuführen und seinen Beitrag zu einer am Bürger/an der Bürgerin orientierten Europäischen Union leisten.

Die Bürgerschaft (Landtag) möge beschließen:

Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf,

1. ein europapolitisches Jugendkonzept für das Land Bremen unter Berücksichtigung folgender Punkte zu erarbeiten:
 - a) Berücksichtigung und Ausgestaltung des strukturierten Dialogs, Unterstützung europapolitischer Jugendprojekte,
 - b) Förderung der Jugendmobilität und -begegnungen innerhalb Europas,
 - c) Sicherstellung des Zugangs solcher Angebote unabhängig von finanziellen Aspekten,
 - d) Förderung der Vernetzung und Austausch von bereits vorhandenen Strukturen in Bremen und Bremerhaven,
 - e) Jugendlichen den Zugang zu europabezogenen Informationen ermöglichen und ausbauen,
 - f) Beteiligungsmöglichkeiten von Jugendlichen und für Jugendliche stärken.

2. bei der Erarbeitung dieses Konzepts die im Land Bremen tätigen Organisationen der europabezogenen politischen Jugendarbeit mit einzubeziehen.
3. der Bürgerschaft (Landtag) innerhalb von sechs Monaten Bericht zu erstatten.

Ulrike Hiller, Karin Garling, Birgit Busch,
Björn Tschöpe und Fraktion der SPD

Dr. Hermann Kuhn, Mustafa Öztürk,
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen